

DOPING

Fehlerhafte Tests

Die internationalen Sportverbände bangen um die Anerkennung wichtiger Dopingtests. Seit fünf Jahren kontrollieren sie Sportler mit einem eigens entwickelten Verfahren auf das hochwirksame Dopingpräparat Epo – nun häufen sich aber offenbar falsche Ergebnisse. Demnächst wird sich der Internationale Sportgerichtshof in Lausanne mit dem Fall des italienischen Radfahrers Fabrizio Guidi beschäftigen, dessen Urin im sächsischen Kreischa zunächst positiv, dann negativ getestet worden war. „Dort wird es zur Zerreißprobe kommen“, sagt Guidis Anwalt Michael Lehner aus Heidelberg. Die Sportverbände beharren auf der Wirksamkeit des Tests. Sollte er für untauglich erklärt werden, könnten weitere Klagen gesperrter Sportler folgen – etwa des zwischenzeitlichen Skilanglauf-Olympiasiegers Johann Mühlegg. Zuletzt hatte eine australische Studie den Test



Leichtathlet Lagat

angezweifelt. In der vergangenen Woche hat zudem der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF) vor dem Kölner Landgericht eine Entschuldigungserklärung abgeben müssen, weil er den kenianischen Langläufer Bernard Lagat nach einem verunreinigten Test mehrere Wochen gesperrt hatte. Der IAAF fürchtet eine Schadensersatzklage Lagats über mehrere hunderttausend Dollar.

GREGORIO BORGIA / AP

KIRCHE

Verschärfte Finanzkrise

Finanzexperten der evangelischen Kirche fürchten, dass ihre Steuereinnahmen in den nächsten zehn Jahren weiter zurückgehen werden. Die Protestanten müssten sich auf eine längere Phase von Kürzungen einrichten, hieß es im Vorfeld der in dieser Woche in Berlin tagenden Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). „Allein in den letzten beiden Jahren hat die EKD mehr als zehn Prozent Rückgang hinnehmen müssen“, klagt Thomas Begrich, Finanzchef im Kirchenamt der EKD. Die Zusammenlegung kirchlicher Bildungseinrichtungen soll nun forciert werden, auch bei anderen Angeboten wird wohl gespart werden müssen. Die Finanzkrise verschärft sich vor allem, weil die Kirche Mitglieder verliert. Aber auch sinkende Einkommensteuersätze treffen die Institution, weil die Kirchensteuer daran gekoppelt ist.



NORBERT NEETZ / EPD

Frauenkirche in Dresden



Istanbul

ZUMA PRESS / ACTION PRESS

mehrmaliger Schlichtungsversuche der beteiligten Fachpolitiker zeichnet sich keine Einigung über eine gemeinsame Haltung ab. Die SPD-Seite warnt bereits davor, dass der Türkei-Zwist von einer Sachfrage „auf dem Weg zu einem Prestigekampf“ zwischen den Verhandlungspartnern sei. Knackpunkt ist die Unionsforderung nach

einer „privilegierten Partnerschaft“ als Alternative zur EU-Mitgliedschaft. Sie listet zudem zahlreiche Bedingungen („Gleichberechtigung von Mann und Frau“) bereits für den „Fortgang der Verhandlungen“ auf. Die SPD hingegen will lediglich festhalten, dass mit der Türkei „ergebnisoffen“ verhandelt werden solle und es „keinen Automatismus für die Mitgliedschaft“ geben könne.

AUSSENPOLITIK

Türkei-Frage spaltet Union und SPD

Zu einer Belastungsprobe für die Bildung der Großen Koalition droht der Streit um die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu werden. Trotz

Nachgefragt

Geiz ist doch geil

„Bei den Koalitionsverhandlungen wird darüber diskutiert, Discountern wie z. B. Aldi oder Lidl per Gesetz zu verbieten, Lebensmittel unter Einstandspreis zu verkaufen. Wie stehen Sie dazu?“

für Verbot 28%

gegen Verbot 66%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 1. bis 3. November; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“